

Berlin, 21.11.2008

→ **Stellungnahme zum Wegfall der Aids-Pauschale zum 1. Januar 2009**

An: Kassenärztliche Vereinigung und Krankenkassen in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

laut einem Beschluss der Berliner Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung soll im nächsten Jahr die Aids-Pauschale für niedergelassene Ärzte in Berlin wegfallen.

Unsere Klienten, die sich in medizinischer Betreuung in einer der Berliner HIV-Schwerpunktpraxen befinden, haben diese Nachricht besorgt zur Kenntnis genommen. Sie befürchten, dass die Qualität der medizinischen Betreuung leiden und das weit verzweigte Netz von HIV-Schwerpunktpraxen in Berlin ausgedünnt werden könnte und somit eine wohnortnahe Versorgung nicht mehr gewährleistet ist. Gerade für chronisch kranke Menschen ist eine wohnortnahe medizinische Versorgung jedoch dringend geboten. Die Betreuung von Menschen, die mit HIV/Aids leben, ist sehr komplex geworden, dementsprechend ist die medizinische Betreuung auch personal- und zeitintensiv.

Pluspunkt Berlin berät und betreut jährlich 600 Frauen und Männer, die mit HIV/Aids und Hepatitis leben mit jährlich 1300 Beratungskontakten. Wir befürchten, dass sich die Kürzungen auf die Qualität der Arzt-Patient-Beziehung negativ auswirken. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass in den letzten Jahren psychische Beeinträchtigungen bei Menschen mit HIV/Aids zugenommen haben. Bei der Erkennung und der Behandlung von psychischen Erkrankungen spielen HIV-Behandler eine wichtige Rolle, ebenso bei der Vermittlung in geeignete psychosoziale Hilfsangebote. Wir befürchten, dass die psychischen und psychosozialen Aspekte eines Lebens mit HIV/Aids zukünftig weniger Aufmerksamkeit und Beachtung finden und somit auch nicht rechtzeitig erkannt werden, was zum Nachteil für die Gesundheit von HIV-Patienten ist.

Wir befürchten ebenfalls, dass HIV-bedingte Erkrankungen (z.B. Opportunistische Infektionen) zunehmen werden, weil sie entweder nicht oder zu spät diagnostiziert werden, was sich ebenfalls auf die Lebensqualität von Menschen mit HIV/Aids negativ auswirken wird. Opportunistische Infektionen bedrohen nicht nur die Gesundheit von Menschen mit HIV/Aids, sondern



erhöhen zugleich auch die Kosten für eine notwendige stationäre Behandlung. Somit könnte ein wesentlicher Fortschritt in der HIV-Medizin – nämlich das Verhindern von HIV-bedingten Erkrankungen - verloren gehen.

Gerade die verzahnte ambulante Versorgung von HIV-Patienten durch spezialisierte niedergelassene Ärzte, die Zusammenarbeit mit psychosozialen Beratungs- und Betreuungsangeboten sowie teilstationären und stationären Versorgungsangeboten hat sich seit über 20 Jahren bewährt.

Wir fordern Sie auf, diesen Beschluss rückgängig zu machen, in Verhandlungen über die Weitergewährung der Aids-Pauschale zu treten und eine vernünftige patientenorientierte Lösung zu finden.

Erfüllen Sie bitte Ihren Sicherstellungsauftrag für eine auch in Zukunft qualitativ hochwertige medizinische Versorgung von Menschen mit HIV/Aids.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Hägle

-Projektleiter-